



Die Ergebnisse der Online-Bildungs-Umfrage bringen es an den Tag. Der Initiator des „Volksbegehrens Bildungsinitiative“ Dr. Hannes Androsch präsentiert gemeinsam mit dem euroSEARCH Studienleiter Reinhard Henke die Meinung der Bevölkerung in Sachen Bildung: eine ernüchternde Bilanz.

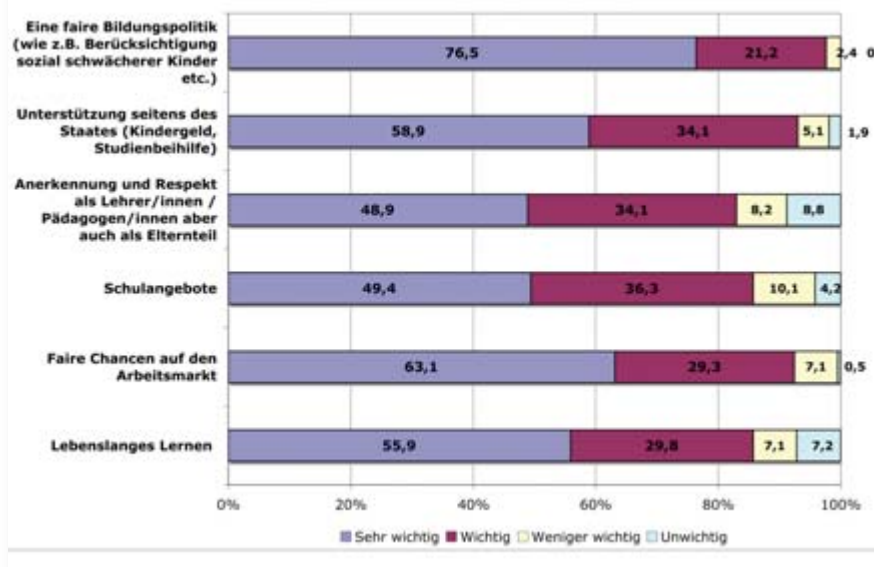
Foto: Volksbegehren Bildungsinitiative

„Die Sirtaki-Klänge werden schon lauter“

Online-Umfrage bringt es ans Licht:
43 Prozent sorgen sich um die Zukunft unserer Kinder.

„Der Worte sind genug gewechselt, lasst uns nun endlich Taten sehen“, fordert Hannes Androsch die Bundesregierung in Sachen Bildungspolitik auf, schleunigst die Anker zu lichten und die Segel in Richtung Zukunft zu setzen. „Wir sitzen alle im selben Boot und leben von der Ernte, die wir vor 25 Jahren ausgesät haben. Daher ist es jetzt höchste Zeit, der ‚Vollkasko-Mentalität‘ ade zu sagen, sonst werden wir es nicht unserem Vorbild Schweden gleichtun, sondern eher den maroden Griechen. Die Sirtaki-Klänge werden schon lauter.“

Von Marie-Theres Ehrendorff



Als „stilles Drama“ bezeichnet Reinhold Henke, euroSEARCH Managing Partner, das Ergebnis einer im Juni durchgeführten Online-Bildungsumfrage, die er gemeinsam mit dem „Volksbegehren Bildungsinitiative“ durchgeführt hat. Beachtliche 43,4 Prozent der rund 2.400 Teilnehmer gaben an, sich zu sorgen, wenn sie an die Bildungsqualität und die Zukunft ihrer Kinder denken. „Das ist wahrlich kein Ruhmesblatt für die gesamte österreichische Bildungspolitik“, bemerkt Hannes Androsch, der Initiator des „Bildungsvolksbegehrens“.

Wenig berauschend ist auch das Zeugnis, das die Online-Umfrage-Teilnehmer dem österreichischen Bildungssystem ausstellen: Mit den besten Noten werden zwar Beschäftigungschancen und Lehrergehälter bedacht, die schlechtesten Zensuren werden hingegen für Bildungsausgaben sowie Leistung und Motivation von Eltern und Lehrern verteilt. Insgesamt beurteilen nur 27 Prozent das österreichische Bildungssystem mit „Sehr gut“ und „Gut“, 41 Prozent dagegen mit „Genügend“ und „Nicht Genügend“.

Ein flächendeckendes Angebot von Ganztagschulen – und nicht bloß ganztägige Betreuung – erachten 51,3 Prozent der Befrag-

ten als „absolut wichtig“, weitere 23,9 Prozent als „schon wichtig“, „was eine sehr deutliche Sprache spricht“, wie Studienleiter Henke findet. „In anderen Ländern ist diese Möglichkeit schon längst die Regel und sollte nun auch bei uns umgesetzt werden“, sieht sich Androsch durch die enorme Zustimmung der Umfrageteilnehmer bestätigt. Auch in Bezug auf die gemeinsame Schule der Zehn- bis 14-Jährigen zeichnet sich eine mehrheitliche Befürwortung ab, denn mit 53 Prozent wünschen sich mehr als die Hälfte aller Befragten hier eine rasche Umsetzung. Beim Sitzenbleiben scheiden sich die Geister, wengleich sich 40 Prozent für die Abschaffung des Wiederholens eines ganzen Schuljahres aussprechen. 34 Prozent sehen darin aber Vor- und Nachteile, und lediglich 17 Prozent sind gegen das Aufsteigen in die nächste Klasse mit jeder Art von „Nicht genügend“. Und 53,6 Prozent sind für die Wiederholung einzelner Module statt des herkömmlichen Sitzenbleibens.

Offensichtlich wurde in dieser euroSEARCH-Umfrage auch, „dass in Österreich ein äußerst starker Wunsch nach einem ‚fairen Bildungssystem‘ existiert“, betont Reinhold Henke, „76,5 Prozent gaben es als wichtigstes Ziel überhaupt an.“ „Hier wird deutlich, dass nur ein Viertel der Österrei-

cherinnen und Österreicher der Meinung ist, dass unser heutiges Schulsystem tatsächlich sozial gerecht wäre, was bezeichnend und traurig ist“, erklärt Androsch. Weiters verlangen 78,1 Prozent der Befragten, Schülerinnen und Schüler frühestmöglich in ihren Talenten zu fördern und sie bei ihren Schwächen zu unterstützen, was einen außerordentlich hohen Wert darstellt. Für diese Zwecke halten rund 68 Prozent ein flächendeckendes Angebot von Kindergärten und Ganztageseinrichtungen für notwendig.

Beinahe ebenso deutlich ist der Wunsch der Befragten mit bemerkenswerten 63,1 Prozent nach fairen Chancen am Arbeitsmarkt. Sie zeigten sich äußerst skeptisch, denn fast 40 Prozent meinen, dass die Chancen mit einer abgeschlossenen Lehre heute schlechter sind als früher. Dasselbe gilt auch für die Matura, wobei hier sogar knapp 42 Prozent die Auffassung vertreten, dass Maturanten derzeit schlechtere Berufschancen haben als in der Vergangenheit.

Mit 56 Prozent erzielt das lebenslange Lernen einen durchaus erfreulichen Umfragewert, der allerdings voraussetzt, dass man den Jugendlichen während ihrer Schulzeit nicht jegliche Lust am Lernen verdirbt.

„Betroffen macht die Aussage“, so Studienleiter Reinhold Henke, „dass drei Viertel der Bevölkerung der Meinung sind, politischer Postenschacher seitens der Landes- und Stadtschulräte würde ein modernes und autonomes Schulsystem hemmen.“

„Es geht nicht an, dass ein paar Dutzend Leute ihre Privilegien verteidigen und damit die Zukunft des Landes in Geiselschaft halten“, äußert Hannes Androsch empört seinen Unmut. „Hätten wir nicht schon das Volksbegehren angefangen, nach der Lektüre dieser Umfrageergebnisse hätte ich auf jeden Fall eines eingeleitet“, ist sich Androsch gewiss.

Als „humanistisches Anliegen“ meint der Initiator des „Volksbegehrens Bildungsinitiative“ ein zeitgemäßes, modernes Bildungssystem mit Chancengleichheit für alle Bürger zu schaffen. Dass dafür ein nationaler Schulabschluss notwendig ist, ist völlig klar. „Wir brauchen eine Bildungsrepublik, wie sie andere vergleichbare Länder längst schon haben.“ Und von der Bundesregierung wünscht sich Androsch, dass diese die Punkte seines Bildungsvolksbegehrens zu ihrem Programm macht und dieses dann auch tatsächlich umsetzt. <

AUF EINEN BLICK

Volksbegehren Bildungsinitiative

Die Initiatoren fordern „ein faires, effizientes und weltoffenes Bildungssystem, das so früh wie möglich alle Begabungen eines Kindes fördert und seine Schwächen ausgleicht, autonome Schulen ohne Parteinfluss, eine leistungsdifferenzierte, hochwertige gemeinsame Schule bis zum Ende der Schulpflicht und ein Angebot von ganztägigen Bildungseinrichtungen. Eine Aufwertung des Lehrerinnen- und Lehrer-Berufs und die stetige Erhöhung der staatlichen Finanzierung für Unis auf zwei Prozent des BIP bis 2020.“

Quelle: APA

SO GEHT ES WEITER

Die Unterstützungserklärungen sind mit 11. Juli im Innenministerium abgegeben worden und die Eintragungswoche für das „Volksbegehren Bildungsinitiative“ wird vom Ministerium zwischen Ende September 2011 und Ende Jänner 2012 stattfinden. Wer bereits eine Unterstützungserklärung am Gemeindeamt oder Magistratischen Bezirksamt geleistet hat, braucht im Herbst nicht mehr zur Unterschrift. Unterstützungserklärungen zählen automatisch zum Gesamtergebnis des „Volksbegehrens Bildungsinitiative“.

INFORMATIONEN

Hotline: 0800 204 400

www.nichtsitzenbleiben.at

Die kompletten Ergebnisse der Umfrage sind unter www.nichtsitzenbleiben.at zu finden.